

Arbon, 05. November 2023

### **Einfache Anfrage zu den Mitwirkungsprozessen der Stadt Arbon**

Die Stadt Arbon nutzt seit einiger Zeit bei Angelegenheiten mit grossem öffentlichem Interesse ziemlich häufig Pop-Up-Büros und Online-Befragungen. Die Stadt möchte damit u.a. die politische Mitwirkung von Arbonerinnen und Arbonern fördern und es den Bewohnerinnen und Bewohnern möglich machen, ihre Stadt mitzugestalten. Solche Pop-Up Büros und Online-Befragungen gab es u.a. zum Sportplatz Stachen, dem Seeufer, der Aufwertung der Badi Arbon und vielen weiteren Geschäften.

Diese Mitwirkungsprozesse haben Potential, unsere Demokratie zu stärken, da hierbei auch Menschen mitreden dürfen, denen das Wahl- und Stimmrecht ungerechterweise verwehrt ist, wie z.B. Menschen ohne Schweizerpass oder minderjährige Personen. Ausserdem gibt es weitere Personengruppen, die ungenügend politisch repräsentiert werden; wie man im Stadtparlament erkennen kann, sind das z.B. Frauen oder Menschen mit einer Behinderung. Die Stärkung des demokratischen Diskurses, bzw. des Mitspracherechts, sehe ich als das grosse Potential dieses Mediums an.

Gleichzeitig kann es passieren, dass gewisse Meinungen und Personengruppen bei diesen Mitwirkungsprozessen überrepräsentiert sind. Zum Beispiel kamen beim Mitwirkungsprozess Sportplatz Stacherholz überproportional viele Menschen vom FC Arbon zu Wort. Des Weiteren gibt es Personengruppen, die im öffentlich-politischen Diskurs überrepräsentiert sind, z.B. Männer zwischen 40 und 60 Jahre oder Menschen mit Privilegien wie einem hohen kulturellen (z.B. hoher Bildungsabschluss), ökonomischen, sozialen und/oder symbolischen Kapital.

Die Resultate der Mitwirkungsprozesse werden jeweils öffentlich kommuniziert. Was jedoch nicht kommuniziert wird, ist, wer die Personen sind, die sich bei diesen Pop-Up-Büros und Online-Mitwirkungsprozessen beteiligen. Um diese Frage beantworten zu können, sollten demographische Variablen wie z.B. Geschlecht und Alter erfasst sowie kommuniziert werden. Ausserdem sollen solche Mitwirkungsprozesse stärker auf Personen ausgerichtet werden, die im öffentlich-politischen Diskurs diskriminiert werden oder unterrepräsentiert sind.

#### **Fragen an den Stadtrat:**

1. Welche Personengruppen sind bei diesen Mitwirkungsprozessen i.d.R. beteiligt?
2. Werden in Zukunft demographische Variablen erfasst und kommuniziert?
  - 2.1 Wenn nein, wieso nicht? Wenn ja, welche?
3. Inwiefern engagiert sich der Stadtrat für das Einbinden von Menschen ohne Stimm- und Wahlrecht sowie Menschen mit einer Behinderung in den öffentlich-politischen Diskurs?

Vielen Dank für die Beantwortung meiner Fragen.

Linda Heller

